

# Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft.

## Ein komplementäres Modell der Politikberatung

### Kurzfassung

„Hört auf die Wissenschaft“ ist das Motto sowohl in der Corona- als auch in der Klimapolitik. Dies ist kein neues Motto. Die Verwissenschaftlichung der Politik schreitet seit dem 19. Jahrhundert voran. In den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts kam es schon einmal zu einer regelrechten Überhöhung der Wissenschaft. Damit einherging die Beliebtheit des technokratischen Politikberatungsmodells. Zwei weitere Politikberatungsmodelle bestimmen die politische und wissenschaftliche Diskussion, das dezisionistische und das pragmatische Politikberatungsmodell. Die Mehrheit der Wissenschaftler sowie die EU-Kommission bevorzugen das pragmatische Modell.

In diesem Artikel werden vor allem die prinzipiellen Grenzen von bestehenden Politikberatungsmodellen thematisiert. Zweitens wird ein anderes, ein *komplementäres Modell* vorgestellt. Wissenschaft kann aus prinzipiellen Gründen nur *hypothetisches Wissen* begründen. Die *Wenn-dann-Tiefenstruktur des Wissens* ermöglicht keine definitiven Entscheidungen. Erst recht kann die Wissenschaft weder verbindlichen *Entscheidungen* treffen noch für die damit verbundenen Folgen die *Haftung* übernehmen. Die politischen Institutionen eines Staates können erstens verbindliche und definitive Entscheidungen vornehmen, gleichzeitig auch für die Folgen haften. Daher plädiere ich für ein komplementäres Modell der Politikberatung, in der jedes Subsystem, Politik und Wissenschaft, seine Aufgaben möglichst gut erfüllt.

---

### Autor

**Johann Lauer**

Magister Artium in Philosophie, Doctor Rerum Politicarum,  
beide akademischen Grade wurden von der Universität Heidelberg verliehen.

### Veröffentlichungen:

**Methodology and political science:** the discipline needs three fundamentally different methodological traditions. In: Springer Nature Social Science 1, 43.

<https://doi.org/10.1007/s43545-020-00034-0>.

„**Methodenstreit**“ und **Politikwissenschaft**. Der methodologische Glaubenskrieg am Beginn des 21. Jahrhunderts zwischen szientistischem Establishment und phronetischen Perestroikans. Heidelberg, 2017.

Webversion: [lauer.biz/methodenstreit/index.htm](http://lauer.biz/methodenstreit/index.htm).

**E-Mail:** [johann@lauer.biz](mailto:johann@lauer.biz), **Homepage:** [lauer.biz](http://lauer.biz).

**Quelle:** [lauer.biz/politikberatung.pdf](http://lauer.biz/politikberatung.pdf)

Der Artikel wurde hier veröffentlicht: **GobKult-MAGAZIN** -  
[globkult.de/politik/welt/2002-das-verhaeltnis-zwischen-politik-und-wissenschaft](http://globkult.de/politik/welt/2002-das-verhaeltnis-zwischen-politik-und-wissenschaft)  
und **The European**

[theuropean.de/johann-lauer/verhaeltnis-zwischen-politik-und-wissenschaft](http://theuropean.de/johann-lauer/verhaeltnis-zwischen-politik-und-wissenschaft).

Modelle der Politikberatung: technokratische, dezisionistische und pragmatische Politikberatungsmodelle

Innerhalb der Wissenschaft werden drei unterschiedliche Politikberatungsmodelle erörtert: technokratische, dezisionistische und pragmatische Modelle. Im Zentrum dieser Modelle steht die Frage, wie man das Verhältnis zwischen praktischer Politik und Wissenschaft gestalten sollte. Welchen Stellenwert sollten wissenschaftliche Erkenntnisse haben? Welchen Wert sollte Wissenschaft für die praktische Politik haben?

Zwei *Legitimationsquellen* von Politikberatungsmodellen, die zu *Legitimationsdilemmata* führen, werden dabei besonders hervorgehoben: einmal die *demokratische Legitimation* und zweitens die *epistemische Legitimation* bzw. die *sachliche Expertise*. Seit Anfang des 20. Jahrhunderts ist bei Letzterer in der Regel die wissenschaftliche Expertise gemeint. Deshalb spricht man auch von einer *Technokratisierung* oder *Verwissenschaftlichung* der Politik wie der Lebensverhältnisse überhaupt. Die Legitimation bildet daher das zentrale Problem der Politikberatung: „Es besteht ein grundsätzlicher Konflikt zwischen der Legitimation durch Delegation (Repräsentation) und dem Einfluss von politisch nicht legitimierten wissenschaftlichen Beratern (Experten) auf die Entscheidungsträger“ (Weingart 2006, 75).

Zur Lösung dieses *Legitimationsdilemmas* wurden drei verschiedene Politikberatungsmodelle vorgeschlagen. Diese drei Politikberatungsmodelle bestimmen, wie dies eine Vielzahl von Wissenschaftlern sieht (Bröchler/Schützeichel 2008, Falk/Rehfeld/Römmele/Thunert 2008, Grunwald 2008), nach wie vor sowohl die politische als auch die wissenschaftliche Diskussion.

### **Das dezisionistische Modell der Politikberatung**

Das dezisionistische Modell der Politikberatung löst das Legitimationsdilemma auf, indem es dafür plädiert, dass den politischen, demokratischen Institutionen die endgültige und damit letzte Entscheidungsmacht zukommen sollte. Die politischen Institutionen oder der Staat müssen ja auch die *Haftung* für die Folgen dieser



**Johann Lauer**, E-Mail: [johann@lauer.biz](mailto:johann@lauer.biz), Homepage: [www.lauer.biz](http://www.lauer.biz).

**Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft.**

Ein komplementäres Modell der Politikberatung

Quelle: [lauer.biz/politikberatung.pdf](http://lauer.biz/politikberatung.pdf).

Entscheidungen tragen. Der große Nachteil ist bei diesem Modell die mangelnde sachliche Expertise. Aufgrund der Komplexität moderner Gesellschaften dürften die politischen Repräsentanten kaum adäquate Fachkenntnisse in allen Bereichen aufweisen können. Dieser berechnete Einwand führte zu einem anderen Modell.

### **Das technokratische Modell der Politikberatung**

Einige Wissenschaftler insbesondere in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts aber auch in der jetzigen Corona- und Klimadebatte betonten die Bedeutung der sachlichen Expertise und neigen daher einem technokratischen Modell zu, danach hat die Wissenschaft das letzte Wort. Hier fällt sofort die fehlende demokratische Legitimation ins Auge. Während das dezisionistische Modell zwar eine demokratische Legitimation haben könnte, fehlt hier die sachliche Expertise.

Die Vertreter des technokratischen Modells setzen vor allem auf die höhere *Rationalität* wissenschaftlicher Erkenntnisse oder bessere sachliche Expertise der Wissenschaft und plädieren für eine *Verwissenschaftlichung* der Politik. Eine Verschmelzung von Politik und technischer Sachlogik wird propagiert, so dass Helmut Schelsky auf dem Höhepunkt der Planungseuphorie der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts die Aufgabe eines Staatsmanns in einem technischen Staat wie folgt beschreibt: „Für diesen ‚Staatsmann des technischen Staates‘ ist dieser Staat weder ein Ausdruck des Volkswillens noch die Verkörperung der Nation, weder die Schöpfung Gottes noch das Gefäß einer weltanschaulichen Mission, weder ein Instrument der Menschlichkeit noch das einer Klasse. Der Sachzwang der technischen Mittel, die unter der Maxime einer optimalen Funktions- und Leistungsfähigkeit bedient sein wollen, enthebt von diesen Sinnfragen nach dem Wesen des Staates. Die moderne Technik bedarf keiner Legitimität; mit ihr ‚herrscht‘ man, weil sie funktioniert und solange sie optimal funktioniert. Sie bedarf auch keiner anderen Entscheidungen als der nach technischen Prinzipien; dieser Staatsmann ist daher gar nicht ‚Entscheider‘ oder ‚Herrschender‘, sondern Analytiker, Konstrukteur, Planender, Verwirklichender“ (Schelsky 1965 [1961], 457).



**Johann Lauer**, E-Mail: [johann@lauer.biz](mailto:johann@lauer.biz), Homepage: [www.lauer.biz](http://www.lauer.biz).

#### **Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft.**

Ein komplementäres Modell der Politikberatung

**Quelle:** [lauer.biz/politikberatung.pdf](http://lauer.biz/politikberatung.pdf).

Das technokratische Modell hat nun eindeutig ein demokratisches Legitimationsproblem oder wie Schelsky meint, „moderne Technik bedarf keiner Legitimität“, weil nicht gewählte Wissenschaftler oder gar anonyme wissenschaftliche Institutionen für *alle* verbindliche Entscheidungen treffen.

### **Das pragmatische Modell der Politikberatung**

Als Ausweg aus dem Dilemma zwischen Dezisionismus und Technokratie wurde von Jürgen Habermas das pragmatische Modell der Politikberatung vorgeschlagen. Dieses Modell will die Vorteile *demokratischer Partizipation* und *wissenschaftlicher Expertise* ermöglichen, also Dezisionismus und Technokratie zusammenführen, und gleichzeitig die oben angeführten Nachteile verhindern.

In vielen Handbüchern über Politikberatung (Bröchler /Schützeichel 2008, Falk/Rehfeld/Römmele/Thunert 2008, Grunwald 2008) wird dieses Modell nicht nur erörtert, sondern von den meisten Wissenschaftlern bevorzugt. Auch in der praktischen Politik wird es angewendet, so greift die EU-Kommission ebenfalls auf das pragmatische Modell zurück und plädiert für eine *Demokratisierung der Expertise* (*democratising expertise*) und eine *Verwissenschaftlichung der Demokratie* (*expertising democracy*) (EU-Commission 2001a, EU-Kommission, 2001b).

Wenn Politiker hoffen, dass „die“ Wissenschaft und demokratisch gewählte Politiker gemeinsam die einzig wahre, gerechte und effiziente Lösung finden könnten, dann vertrauen sie also dem pragmatischen Politikberatungsmodell.

### **Kritik der drei Politikberatungsmodelle**

#### **Empirie und Rationalität, die übergeordneten Kriterien wissenschaftlicher Rationalität**

Empirie und Rationalität sind die übergeordneten Prinzipien, denen wissenschaftliche Forschung genügen muss, da wissenschaftliche Theorien aus einem logisch-mathematischen Formalismus und einer empirischen Interpretation der (politischen)



**Johann Lauer**, E-Mail: [johann@lauer.biz](mailto:johann@lauer.biz), Homepage: [www.lauer.biz](http://www.lauer.biz).

**Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft.**

Ein komplementäres Modell der Politikberatung

Quelle: [lauer.biz/politikberatung.pdf](http://lauer.biz/politikberatung.pdf).

Realität bestehen. Wissenschaft erfordert sowohl eine rationale Formalisierung und eine ebensolche Vorgehensweise als auch eine empirische Verankerung. Nicht nur bei der Erkenntnis des Seins, sondern auch bei der Legitimierung eines Sollens sind diese Prinzipien grundlegend.

### **Rationalität: Prinzipien logisch-mathematischer Modelle und interpretative-hermeneutischer Narrative**

Folgende allgemeinen Kriterien werden von der Mehrheit der Wissenschaftler anerkannt (Lauer 2017, 2021):

- A. *Intersubjektivität* (Transsubjektivität): Wissenschaft sucht nach Wegen, auf denen sie Begründungen findet, die jeder *vernünftige* und *sachkundige* Mensch nachvollziehen kann.
- B. *Objektivität*: *Subjektive Wünsche* oder Vorurteile dürfen *nicht* in die Arbeit einfließen, sondern nur *intersubjektive* Gründe.
- C. *Reliabilität* (Verlässlichkeit): Die Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen sollten unter den gleichen Bedingungen *reproduzierbar* sein.
- D. *Validität*: Ein wissenschaftliches Ergebnis muss ein *argumentatives Gewicht* besitzen und methodisch-logische *Qualitätskriterien* erfüllen. Argumentative, logische, methodische und sprachliche *Präzision* sind erforderlich. Dabei wird zwischen *interner* Validität (Glaubwürdigkeit und Authentizität) und *externer* Validität (Transferierbarkeit oder Passung) unterschieden.

### **Prinzipielle Grenzen des empirisch-rationalem Wissen**

Das technokratische Modell hat neben demokratischen auch epistemologische Defizite, die genauso wichtig sind. Im Folgenden werden die wichtigsten behandelt, die die prinzipiellen Grenzen des Wissens schlechthin begründen: die Wenn-dann-Tiefenstruktur wissenschaftlicher Forschung, das Unmöglichkeitstheorem oder Arrow-Paradoxon sowie die Theorie, besser Methodologie Abhängigkeit empirischer Daten.



**Johann Lauer**, E-Mail: [johann@lauer.biz](mailto:johann@lauer.biz), Homepage: [www.lauer.biz](http://www.lauer.biz).

#### **Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft.**

Ein komplementäres Modell der Politikberatung

Quelle: [lauer.biz/politikberatung.pdf](http://lauer.biz/politikberatung.pdf).

Danach wird kurz auf die Grenzen der Verwissenschaftlichung der Politik hingewiesen. Detaillierte Erörterungen zu diesem Themenkomplex findet man in meinem unten angeführten Buch.

### **Die Wenn-dann-Tiefenstruktur wissenschaftlicher Forschung**

Die Grenzen zwischen wissenschaftlich begründeten Wissen und anderen Formen der Erkenntnis werden von der Methodologie festgelegt. Seit der Antike haben wir es diesbezüglich mit einer enormen Ausweitung zu tun, da eine Vielzahl von Methodologien weiterentwickelt wurden und neue Innovationen hinzukamen. Die größten Fortschritte kamen im 20. Jahrhundert dazu. Neben der Ausweitung findet aber auch oft eine Begrenzung der wissenschaftlichen Möglichkeiten dadurch statt, dass neue prinzipielle Grenzen der Rationalität und damit der Wissenschaft entdeckt werden.

Wissenschaft kann aus prinzipiellen Gründen nur *hypothetisches* Wissen begründen. Die Wenn-dann-Tiefenstruktur des Wissens ermöglicht keine definitiven oder verbindlichen Antworten geschweige denn Entscheidungen. Die Wenn-dann-Struktur wissenschaftlicher Erkenntnisse erinnert daran, dass innerhalb der Wissenschaft keine *absoluten* Erkenntnisse formuliert und begründet werden, sondern dass nur *hypothetische* und *relative* Wenn-dann-Relationen begründet werden können.

Trotzdem führt dies zu keiner *antiveritativen Position*, wie Anhänger des Skeptizismus behaupten. Es wird also *keine Relativität* des Wahrheitsanspruches postuliert, die Beziehung zwischen Voraussetzung und Folge enthält einen *absoluten Wahrheitsanspruch*, es handelt sich bei wissenschaftlichen Analysen um die *Erkenntnis* von *Sachverhalten* unter *Voraussetzungen*: „Analysiert man nämlich eine solche Aussage auf ihre Tiefenstruktur hin, so zeigt sich dabei fast immer ein Gebilde vom Typus der hypothetischen Aussage, also einer Wenn-Dann-Aussage. Mit ihrer Hilfe lässt sich nicht behaupten, irgendetwas sei schlechthin der Fall, sondern immer nur, es sei der Fall, wenn bestimmte Voraussetzungen gegeben sind. [...] Die



**Johann Lauer**, E-Mail: [johann@lauer.biz](mailto:johann@lauer.biz), Homepage: [www.lauer.biz](http://www.lauer.biz).

**Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft.**

Ein komplementäres Modell der Politikberatung

Quelle: [lauer.biz/politikberatung.pdf](http://lauer.biz/politikberatung.pdf).

hypothetische Tiefenstruktur der theoretisch-wissenschaftlichen Aussage zeigt, entgegen einem verbreiteten Mißverständnis, durchaus keine Relativität ihres Wahrheitsanspruches an. Zwar wird der Geltungsanspruch jeder Elementaraussage gleichsam relativiert, wenn sie mit einer Hypothese verknüpft wird und nur noch als Glied derartiger Verknüpfungen von Interesse ist. Wenn man jedoch die Existenz einer entsprechenden Beziehung zwischen Voraussetzung und Folge behauptet, so ist wenigstens mit dieser Behauptung der Anspruch verbunden, schlechthin und ohne Einschränkungen zu gelten. Die neuzeitliche Wissenschaft hat es daher nicht einfach mit der Erkenntnis von Sachverhalten, sondern mit der Erkenntnis von Sachverhalten unter Voraussetzungen zu tun“ (Wieland 1986, 31).

Nun wird die Wenn-dann-Struktur wissenschaftlicher Erkenntnisse nicht selten sogar von den Wissenschaftlern, die es eigentlich besser wissen, unterschlagen. Die Ergebnisse werden oft so kommuniziert, als ob es sich räumlich und zeitlich um allgemeingültige Erkenntnisse handelt. Diese falschen Darstellungen beginnen dann mit folgenden Wörtern: „Wissenschaftler haben herausgefunden, dass y wahr ist“. So können zwar universelle, kontextfreie Erkenntnisse formuliert werden. Wenn man den Kontext sowie den hypothetischen Charakter des rational begründeten Wissens berücksichtigt, muss die Formulierung folgendermaßen lauten: „Wissenschaftler haben herausgefunden, wenn  $x^1, x^2 \dots x^n$  wahr sind, dann ist y wahr“. Wichtig ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass damit *keine* Relativierung des Wahrheitsanspruches einhergeht. Diese Wenn-dann-Relation gilt *absolut* und zwar in *einer möglichen Welt* oder in einem mathematisch-logischen Modell. Ob sie in der *realen Welt* gilt, ist eine andere Frage.

Auf jeden Fall kann man behaupten, dass man damit zwar keine universelle Wahrheit, aber eine Annäherung an die Wahrheit der realen Welt formuliert hat. Die Wenn-dann-Struktur des Wissens ermöglicht daher, hypothetische Erkenntnisse zu formulieren, ohne auf das Ideal der Wahrheit zu verzichten. Ein Relativismus des



**Johann Lauer**, E-Mail: [johann@lauer.biz](mailto:johann@lauer.biz), Homepage: [www.lauer.biz](http://www.lauer.biz).

**Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft.**

Ein komplementäres Modell der Politikberatung

Quelle: [lauer.biz/politikberatung.pdf](http://lauer.biz/politikberatung.pdf).

Wahrheitsanspruches oder gar eine antiveritative Position ist nicht notwendig, sondern würde der Wissenschaft einen Bärendienst erweisen.

### **Soziale Wohlfahrt und das Unmöglichkeitstheorem oder das Arrow-Paradoxon**

Die zentrale Frage oder das Dilemma *sozialer Wohlfahrt* ist, wie kann man individuelle Präferenzen zu sozialer Wohlfahrt aggregieren oder kann es eine rationale Aggregation von individuellen Präferenzen zu einer sozialen Wohlfahrt geben? Wenn dies gelingen könnte, dann gebe es ja auch eine wissenschaftliche, wohlgermerkt nicht demokratische Legitimation der Handlungen, die man mit diesem Ansatz begründen könnte.

Kenneth Joseph Arrow (1963) zeigt, dass eine Aggregation von individuellen Präferenzen zu sozialer Wohlfahrt auf prinzipielle Grenzen stößt, d.h. weder demokratischen noch rationalen Gründen genügen kann. Eine positive Antwort ist aus prinzipiellen Gründen nicht möglich, dies ist die zentrale Botschaft des *Unmöglichkeitstheorems* oder des Arrow-Paradoxons.

Die Aggregation individueller Präferenzen aller Bürger zu einer widerspruchsfreien und vollständigen sozialen Wohlfahrtsfunktion ist laut Arrow unmöglich, weil sie entweder willkürlich oder diktatorisch ist. Damit genügt sie weder rationalen noch demokratischen Kriterien. *Kein Entscheidungsverfahren* ist in der Lage, gleichzeitig *alle* folgenden Anforderungen zu erfüllen (Arrow 1963: 25-31):

- A. *Universalität/Vollständigkeit*: Alle logisch gerechtfertigten Präferenzordnungen der Individuen sollen zugelassen werden.
- B. *Transitivität*: Wenn jemand die Alternative x der Alternative y und y gegenüber z vorzieht, dann soll x gegenüber z vorgezogen werden und auch die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit muss zu dieser Entscheidung kommen und konkret x gegenüber z vorziehen, sofern dies die Mehrheit der Mitglieder tut.
- C. *Unabhängigkeit*: Irrelevante Alternativen dürfen den Entscheidungsprozess nicht beeinflussen.



**Johann Lauer**, E-Mail: [johann@lauer.biz](mailto:johann@lauer.biz), Homepage: [www.lauer.biz](http://www.lauer.biz).

**Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft.**

Ein komplementäres Modell der Politikberatung

Quelle: [lauer.biz/politikberatung.pdf](http://lauer.biz/politikberatung.pdf).



- D. *Souveränität*: Die soziale Wohlfahrtsfunktion darf nicht von außen vorgegeben werden.
- E. *Keine Diktatur*: Ein Individuum darf die Rangordnung nicht diktieren. In der Gesellschaft darf kein Diktator in Erscheinung treten, der die Rangordnung manipuliert.

### **Empirische Verankerung: Methodologie Abhängigkeit empirischer Daten**

Auf die Theorieabhängigkeit empirischer Daten haben im 20. Jahrhundert viele Wissenschaftler vor allem aber Karl Raimund Popper (2005, 1984) hingewiesen. Meiner Meinung nach muss nicht nur auf die Theorie Abhängigkeit, sondern umfassender auf die Methodologie Abhängigkeit verwiesen werden. Innerhalb der Methodologie geht es darum, mit welcher Methodologie Wissen generiert wird und wie man Wissenschaft von anderen Formen der Erkenntnis unterscheiden kann. Empirische Daten werden mit wissenschaftlichen Methoden und theoretischen Ansätzen generiert. Daher müssen die Grenzen und Möglichkeiten der Methodologie beachtet werden.

### **Grenzen der Verwissenschaftlichung der Politik**

Die Verwissenschaftlichung der Politik, die vor allem Mitte des 20. Jahrhunderts die Planungseuphorie befeuerte und heute in der Klima- und Coronapolitik wieder aktuell ist, wird recht schnell einer Ernüchterung. Man kann mit wissenschaftlichen Methoden mehrere Alternativen, ja sogar gegensätzliche Alternativen begründen. Gutachten und Gegengutachten führen nach wie vor zu einer Delegitimation der Wissenschaft, weil verschiedene Parteien mit unterschiedlichen Interessen zu einer Politisierung oder Indienstnahme der Wissenschaft beitragen: „Mit jedem Wissen potenziert sich das Nicht-Wissen, so wie jede Expertise eine Gegen-Expertise provoziert. Der Zuwachs an Experten und die fortschreitende Kolonialisierung weiterer gesellschaftlicher Bereiche durch immer mehr Expertenkreise führt zu einer Delegitimierung und einer ‚Entzauberung‘ nicht der Welt, sondern der Experten selbst“ (Schützeichel 2008, 21).



**Johann Lauer**, E-Mail: [johann@lauer.biz](mailto:johann@lauer.biz), Homepage: [www.lauer.biz](http://www.lauer.biz).

#### **Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft.**

Ein komplementäres Modell der Politikberatung

Quelle: [lauer.biz/politikberatung.pdf](http://lauer.biz/politikberatung.pdf).

Ein weiteres, ein epistemisches Problem kommt noch hinzu: Wer bestimmt den Stand der Wissenschaft oder wie kann dieser bestimmt werden? „Die Wissenschaft“ gibt es nicht, dies ist eine völlig irrige Vorstellung, die leider insbesondere in den Medien verwendet wird. Es gibt nur Wissenschaftler, die mit Hilfe einer wissenschaftlichen Methodologie Wissen generieren. Auch die angesehensten Wissenschaftler, die in Akademien oder Universitäten tätig sind oder Regierungen beraten, können Fehler machen oder einen überholten Stand der Forschung propagieren. Weiterhin ändert sich der Stand der Forschung ständig.

Wissenschaft kann aufgrund prinzipieller Grenzen wissenschaftlicher Methodologie nur hypothetische, aber keine *definitiven* Antworten geben. Politisches Handeln und Entscheiden erfordert aber definitive Antworten. Definitive Antworten können indes mit der Autorität der Wissenschaft *nicht* begründet werden. Während das dezisionistische Modell der Politikberatung die *Autonomie des Politischen* respektiert, verletzt es die *Autonomie der Wissenschaft*. Beim technokratischen Modell verhält es sich umgekehrt.

Peter Weingart (2006) unterscheidet für die wissenschaftliche Politikberatung im 20. Jahrhundert drei nicht notwendig diachrone Phasen: Verwissenschaftlichung der Politik (technokratische Modell der Politikberatung), Politisierung der Wissenschaft und Demokratisierung der Expertise (dezisionistisches und pragmatisches Modell der Politikberatung).

Eine Lösung des Legitimationsdilemmas kann er völlig zu Recht in keiner Phase erkennen: „Das Spannungsverhältnis der verschiedenen Rationalitäten von Wissenschaft und Politik, die sich in den Legitimationsdilemmata äußern, lässt sich kaum ‚lösen‘“ (Weingart 2006, 83). Auch das pragmatische Modell der Politikberatung vermag nicht, sowohl der Autonomie der Politik als auch der Autonomie der Wissenschaft gerecht zu werden. Dies kann meiner Meinung nach ein *komplementäres* Modell der Politikberatung leisten.



**Johann Lauer**, E-Mail: [johann@lauer.biz](mailto:johann@lauer.biz), Homepage: [www.lauer.biz](http://www.lauer.biz).

**Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft.**

Ein komplementäres Modell der Politikberatung

Quelle: [lauer.biz/politikberatung.pdf](http://lauer.biz/politikberatung.pdf).

## Ein komplementäres Modell der Politikberatung

Ein komplementäres Modell der Politikberatung ist meiner Meinung nach besser geeignet, sachliche Expertise und demokratische Legitimation zu vereinen. Wissenschaft und Politik sollten als komplementäre Systeme mit unterschiedlichen Aufgaben, Kompetenzen und Funktionslogiken aufgefasst und verstanden werden. Damit kann sowohl die demokratische als auch die epistemische Legitimation gelingen, da die Autonomie beider Bereiche akzeptiert und nicht durch andere Funktionslogiken in Frage gestellt wird.

Für eine Trennung der verschiedenen Aufgaben setzt sich auch Weber ein: „(P)raktisch-politische Stellungnahme und wissenschaftliche Analyse politischer Gebilde und Parteistellung ist zweierlei“ (Weber 1973 [1919], 601-602 [543-544]).

### Aufgabe der Wissenschaft innerhalb des komplementären Modells der Politikberatung

Aufgrund der Grenzen wissenschaftlicher Diskurse kann Wissenschaft nie *definitive*, sondern nur *hypothetische* Auskünfte geben. Wissenschaft kann mit Hilfe wissenschaftlicher Werkzeuge Diskurse führen und hypothetische Antworten auf politisch-praktische Fragen in Form von empirischem (deskriptivem, explanativem und prognostischem) und praktischem (normativem, pragmatischem und technischem) Wissen begründen. Weiterhin kann sie innerhalb von wissenschaftlichen Diskursen Ideologiekritik betreiben, d.h. Ideologien, subjektive Meinungen und Stammtischparolen entlarven. Dabei kann eine Besonderheit festgehalten werden: Eine *advokatorische Eigenschaft* (Fischer/Forester 1993) ist der Wissenschaft inhärent, d.h. dass Argumente für oder gegen eine praktisch-politische Normierung und Regulierung aufgeführt werden können, aber keine definitiven Antworten. Die advokatorische Eigenschaft muss von einer *Manipulation* durch Interessen sowie durch eine demokratisch legitimierte Auftragsforschung unterschieden werden. Zurückzuweisen ist nur die Manipulation durch Interessen.



**Johann Lauer**, E-Mail: [johann@lauer.biz](mailto:johann@lauer.biz), Homepage: [www.lauer.biz](http://www.lauer.biz).

#### **Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft.**

Ein komplementäres Modell der Politikberatung

Quelle: [lauer.biz/politikberatung.pdf](http://lauer.biz/politikberatung.pdf).

## **Aufgabe der Politik oder der politischen Institutionen innerhalb des komplementären Modells der Politikberatung**

Die Aufgabe der Politik oder der politischen Institutionen besteht darin, mit Hilfe von politischen Diskursen und politischen Entscheidungsverfahren *definitive Antworten* in Form von *Entscheidungen* zu liefern. Im demokratischen Prozess geht es nicht nur um definitive Entscheidungen. Demokratische Institutionen treffen nicht nur definitive Entscheidungen, sondern übernehmen gleichzeitig die *Haftung* für alle mit einer Regulierung verbundenen Folgen, sowohl für intendierte Hauptwirkungen als auch für nicht intendierte Nebenfolgen sowie Kollateralschäden.

Die Politik kann nicht, wie das pragmatische Modell der Politikberatung meint, die Rationalität von Expertisen verbessern (das Gegenteil wird bewirkt, wenn politische Interessen berücksichtigt werden), sondern lediglich zwischen verschiedenen Regulierungslösungen oder -möglichkeiten eine (demokratische) *Wahl* treffen: Nur eine *beratende* Einbindung der Expertise (*expertising democracy*) in demokratischen Entscheidungsverfahren ist angemessen, nicht dagegen eine Demokratisierung der Expertise (*democratising expertise*). Letzteres würde lediglich zur Verletzung von wissenschaftlichen Standards führen und damit die Autonomie der Wissenschaft verletzen.

Politisches Handeln und politische Regulierung kann nicht nur an zwei Kriterien (demokratischer Input und technokratischer Output) gemessen werden. Die Legitimität erfordert noch weitere Handlungsmaximen, die eine moralische Dimension, keine Moralisierung der Politik, garantieren. Es gibt eine Vielzahl von moralischen Prinzipien, die z.B. in der UN-Menschenrechtscharta sowie in der Europäischen Menschenrechtskonvention festgehalten werden, an denen sich politische Regulierung sogar justiziabel orientieren muss. Für jeden nationalen Gesetzgeber und politisch Handelnde kommen noch Rechtsprinzipien hinzu, die in nationalen Verfassungen verankert sind, in Deutschland sind es die ersten zwanzig Artikel des Grundgesetzes hinzu.



**Johann Lauer**, E-Mail: [johann@lauer.biz](mailto:johann@lauer.biz), Homepage: [www.lauer.biz](http://www.lauer.biz).

### **Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft.**

Ein komplementäres Modell der Politikberatung

**Quelle:** [lauer.biz/politikberatung.pdf](http://lauer.biz/politikberatung.pdf).

Auch eine Aggregation der Interessen allein nach demokratischen Kriterien kann rational nicht entschieden werden (siehe oben Arrow-Paradoxon). Ein politischer Dezisionismus ist daher unvermeidbar. „Für kurzfristige Entscheidungen bleibt die demokratische Methode, nur die Hände, nicht die Gründe zu zählen, oft als einzige“ (Lorenzen 1978, 163). In allen wissenschaftlichen (deskriptiven, explanativen, prognostischen, normativen, pragmatischen oder technischen) Diskursen werden nur Vernunftgründe gezählt und wird damit empirisches oder praktisches Wissen generiert. Innerhalb von politischen Institutionen werden zwar Gründe und Interessen abgewogen. Sofern es sich um demokratische Systeme handelt, sind bei definitiven Entscheidungen indes die Hände ausschlaggebend.

Es wird immer Expertisen und Gegenexpertisen geben, dies ist auch nicht verwerflich, weil man auch wissenschaftlich verschiedene Regulierungen begründen kann. Wichtig ist aber, dass man zwischen Wissenschaftlern und wissenschaftlichen Analysen auf der einen Seite und ideologischen Meinungsäußerungen auf der anderen Seite unterscheidet. Dies geht dann am besten, wenn die zentrale Bedeutung wissenschaftlicher Werkzeuge und metatheoretischer Fragestellungen anerkannt wird und alle Regulierungsvorschläge anhand von wissenschaftlichen Analysen evaluiert werden.

Wissenschaft kann allen Parteien oder Interessenverbänden praktisches Wissen für deren Interesse und Probleme liefern, allerdings handelt es sich um hypothetische Antworten. Erst staatliche Institutionen können mit den dort etablierten Entscheidungsverfahren *definitive* Antworten geben. Bei politischen Entscheidungen geht es in erster Linie nicht um die *fachliche* Angemessenheit einer Entscheidung, sondern um die Übernahme der *Haftung* für eine Entscheidung.

Ein *Arzt* verfügt über *praktisches Wissen*, mit dessen Hilfe er Diagnosen erstellen kann. Weiterhin kann er aufgrund seines *praktischen Könnens* Operationen oder Therapien durchführen. Er übernimmt aber nicht die Verantwortung für den Erfolg der Operation oder der Therapie, sondern nur für die fachliche Angemessenheit der



**Johann Lauer**, E-Mail: [johann@lauer.biz](mailto:johann@lauer.biz), Homepage: [www.lauer.biz](http://www.lauer.biz).

**Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft.**

Ein komplementäres Modell der Politikberatung

Quelle: [lauer.biz/politikberatung.pdf](http://lauer.biz/politikberatung.pdf).

Diagnose sowie die praktische Durchführung der Operation oder der Therapie. Der Patient übernimmt immer die Haftung, nicht nur die Verantwortung für die Folgen.

Auf das Verhältnis von Politik und Wissenschaft übertragen sieht es folgendermaßen aus: *Wissenschaftler* begründen empirisches und praktisches Wissen, damit übernehmen Wissenschaftler eine beratende Funktion für die wissenschaftliche Angemessenheit des Wissens. Es können aufgrund der prinzipiellen Grenzen wissenschaftlicher Forschung für mehrere Regulierungsoptionen rationale Gründe formuliert werden. Definitive Entscheidungen sollten nur innerhalb von politischen Institutionen gefällt werden, weil damit in erster Linie auch die Übernahme der Haftung für die Folgen, positive wie negative, verbunden ist.

*Politiker* sollten über das *praktische Können* verfügen, das innerhalb der Wissenschaft erstellte praktische Wissen anzuwenden. Politiker innerhalb der Exekutive und Staatsbeamte sollten über das praktische Können verfügen, die innerhalb der Legislative und der Judikative beschlossenen Entscheidungen auch umzusetzen. Differenzierung und Spezialisierung erfordern geradezu auch eine differenzierte Aufgabenverteilung. Diese führt zu unterschiedlichen Kompetenzen sowie auch damit verbunden zu verschiedenen Verantwortlichkeiten und viel wichtiger Haftung für die eigenen Entscheidungen.

Ein weiterer Streitpunkt besteht darin, inwieweit dem von den Wissenschaften methodologisch begründeten Wissen eine Vorrangstellung innerhalb der Gesellschaft eingeräumt wird oder ob neben den wissenschaftlichen auch andere Erkenntnisformen als legitim anzusehen sind. Paul Feyerabend (1986) bejaht Letzteres. Die Interpretation, dass nach ihm innerhalb der Wissenschaft alles erlaubt (*anything goes*) sei, ist nur zum Teil richtig. Er kritisiert vor allem eine Verwissenschaftlichung innerhalb der Gesellschaft, die alle anderen Begründungen oder mit anderen Mitteln generiertes Wissen ablehnt oder ins Abseits stellt, und plädiert für eine Trennung von Staat und Wissenschaft (Feyerabend 1986, 385 ff.).



**Johann Lauer**, E-Mail: [johann@lauer.biz](mailto:johann@lauer.biz), Homepage: [www.lauer.biz](http://www.lauer.biz).

**Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft.**

Ein komplementäres Modell der Politikberatung

Quelle: [lauer.biz/politikberatung.pdf](http://lauer.biz/politikberatung.pdf).

Das komplementäre Modell der Politikberatung berücksichtigt die unterschiedlichen Aufgaben von Politik und Wissenschaft und deren verschiedene Leistungsfähigkeit. Ich stimme Paul Feyerabend zu, dass eine Trennung zwischen Staat und Wissenschaft unbedingt erforderlich ist. Eine Verwissenschaftlichung der Politik ist zwar meiner Meinung nach angebracht, trotzdem sollten nicht zuletzt aufgrund der prinzipiellen Grenzen wissenschaftlicher Forschung auch andere Erkenntnisformen nicht von vornherein ausgeschlossen werden. So wie ein autonomer Patient das Recht hat, selber zu bestimmen, welchem Therapeuten er vertraut, einem Schulmediziner oder einem Medizinmann der Hopi-Indianer, so hat auch der Souverän das Recht, nicht nur auf die Kompetenz der Wissenschaft zu vertrauen, sondern auch andere Erkenntnisquellen einzubeziehen.

## Fazit

Folgendes wurde in diesem Artikel zuerst herausgearbeitet: Das dezisionistische Modell der Politikberatung wird der *Autonomie des Politischen* gerecht und kann daher *demokratische Legitimation* haben, ihm fehlt aber die sachliche Expertise. Das technokratische Modell verletzt die Autonomie des Politischen, d.h. es hat keine demokratische Legitimation, verfügt aber über sachliche Expertise und damit epistemische Legitimation. Das pragmatische Modell von Habermas will zwar beiden Subsystemen gerecht werden, kann aber im Endeffekt weder demokratischen noch wissenschaftlichen Standards genügen. Sowohl die Autonomie der Wissenschaft als auch der Politik wird verletzt. Hinzu kommt, dass die prinzipiellen Grenzen wissenschaftlicher Forschung ignoriert werden.

Wissenschaft kann aus prinzipiellen Gründen nur *hypothetisches* Wissen begründen, aber weder *definitive* oder *verbindliche* Entscheidungen treffen noch für damit verbundene Folgen die *Haftung* übernehmen. Demokratische Institutionen können genau dies: verbindliche und definitive Entscheidungen vornehmen, gleichzeitig auch für die Folgen haften. Politik und Wissenschaft haben unterschiedliche *Funktionslogiken*, d.h., dass sie unterschiedliche Aufgaben sowie unterschiedliche Ansprüche haben.



**Johann Lauer**, E-Mail: [johann@lauer.biz](mailto:johann@lauer.biz), Homepage: [www.lauer.biz](http://www.lauer.biz).

### **Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft.**

Ein komplementäres Modell der Politikberatung

Quelle: [lauer.biz/politikberatung.pdf](http://lauer.biz/politikberatung.pdf).

Daher müssen sie auch unterschiedlichen Kriterien genügen. Daher plädiere ich für ein *komplementäres Modell* der Politikberatung, in dem jedes Subsystem seine Aufgaben möglichst gut erfüllt: Wissenschaft kann zwar nur hypothetisches, aber rationales, empirisches und praktisches Wissen generieren, Politik definitive Entscheidungen treffen sowie die Haftung für die Folgen übernehmen.

## Zitierte Literatur

Arrow, Kenneth Joseph. <sup>2</sup>1963a [1951]. Social Choice and Individual Values. New Haven, London: Yale University Press.

Bröchler, Stephan/Schützeichel, Rainer, (Hg.) 2008: Politikberatung. Stuttgart: Lucius & Lucius.

EU-Commission, 2001a: Report of the Working Group: "Democratising expertise and Establishing Scientific Reference Systems" (Group 1b). COM(May 2001, version finale du 2/7/01).

EU-Kommission, 2001b: Europäisches Regieren. Ein Weissbuch. KOM(2001) 428 endgültig.

Falk, Svenja/Rehfeld, Dieter/Römmele, Andrea/Thunert, Martin, (Hg.) 2008: Handbuch Politikberatung. Wiesbaden: VS Verlag.

Feyerabend, Paul, 1986 [1975]: Wider den Methodenzwang. Skizze einer anarchistischen Erkenntnistheorie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Fischer, Frank/Forester, John, 1993b: Editors' Introduction. In: Fischer, Frank/Forester, John (Hg.), 1993a: The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning. Durham, London: Duke University Press, 1993, 1-17.

Grunwald, Armin, 2008: Technik und Politikberatung. Philosophische Perspektiven. Frankfurt am Main: Suhrkamp.



**Johann Lauer**, E-Mail: [johann@lauer.biz](mailto:johann@lauer.biz), Homepage: [www.lauer.biz](http://www.lauer.biz).

**Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft.**

Ein komplementäres Modell der Politikberatung

Quelle: [lauer.biz/politikberatung.pdf](http://lauer.biz/politikberatung.pdf).



- Habermas, Jürgen 1968 [1963]: Verwissenschaftlichte Politik und öffentliche Meinung. In: Habermas, Jürgen, 1968a: Technik und Wissenschaft als "Ideologie". Frankfurt am Main: Suhrkamp, 120-145.
- Lauer, Johann. 2021. Methodology and political science: the discipline needs three fundamentally different methodological traditions. In: Springer Nature Social Science 1, 43. <https://doi.org/10.1007/s43545-020-00034-0>.
- Lauer, Johann, 2017. "Methodenstreit" und Politikwissenschaft. Der methodologische Glaubenskrieg am Beginn des 21. Jahrhunderts zwischen szientistischem Establishment und phronetischen Perestroikans. Heidelberg: heiBOOKS.  
Web-Version: <http://www.lauer.biz/methodenstreit/index.htm>
- Lorenzen, Paul, 1978: Theorie der technischen und politischen Vernunft. Stuttgart: Philipp Reclam jun.
- Popper, Karl Raimund, <sup>11</sup>2005 [1934]: Logik der Forschung. Herausgegeben von Herbert Kreuth. Gesammelte Werke in deutscher Sprache Band 3. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Popper, Karl Raimund, <sup>4</sup>1984 [1972]: Objektive Erkenntnis. Ein evolutionärer Entwurf. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Schelsky, Helmut, 1965 [1961]: Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation. In: Schelsky, Helmut, 1965: Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze. Düsseldorf, Köln: Diederichs, 439-480.
- Schützeichel, Rainer, 2008: Beratung, Politikberatung, wissenschaftliche Politikberatung. In: Bröchler, Stephan/Schützeichel, Rainer (Hg.), 2008: Politikberatung. Stuttgart: Lucius & Lucius UTB, 5-32.
- Weber, Max, 1973 [1919]: Wissenschaft als Beruf. In: Weber, Max, 191973a: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Herausgegeben von Johannes Winckelmann. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), 582-613 [524-555].



**Johann Lauer**, E-Mail: [johann@lauer.biz](mailto:johann@lauer.biz), Homepage: [www.lauer.biz](http://www.lauer.biz).

**Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft.**

Ein komplementäres Modell der Politikberatung

**Quelle:** [lauer.biz/politikberatung.pdf](http://lauer.biz/politikberatung.pdf).

Weingart, Peter, 2006: ‚Demokratisierung‘ der wissenschaftlichen Politikberatung - eine Antwort auf die Legitimationsdilemmata im Verhältnis von Wissenschaft und Politik? In: Heidelberger Akademie der Wissenschaften (Hg.), 2006: Politikberatung in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 73-84.

Wieland, Wolfgang (1986), Strukturwandel der Medizin und ärztliche Ethik. Philosophische Überlegungen zu Grundfragen einer praktischen Wissenschaft, Heidelberg: C. Winter.



**Johann Lauer**, E-Mail: [johann@lauer.biz](mailto:johann@lauer.biz), Homepage: [www.lauer.biz](http://www.lauer.biz).

**Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft.**

Ein komplementäres Modell der Politikberatung

Quelle: [lauer.biz/politikberatung.pdf](http://lauer.biz/politikberatung.pdf).